

Medienmitteilung

Die Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter ist besorgt über den Abbau von Richterstellen auf Vorrat.

Zürich, 27. März 2006 - *Die Anzahl der Richterinnen und Richter am Bundesgericht soll von heute 41 auf 38 reduziert werden. Die Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter hofft auf eine Korrektur durch den Nationalrat.*

Die Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter ist besorgt über den Beschluss des Ständerates, die Zahl der Richterinnen und Richter am Bundesgericht mit dem Inkrafttreten des Bundesgerichtsgesetzes auf 1. Januar 2007 von bisher 41 auf 38 zu reduzieren. Ob und allenfalls in welchem Umfang das neue Gesetz eine Entlastung des Bundesgerichts bewirken wird, ist derzeit noch ungewiss. Die im Rat gestellten Anträge von 35, 36, 38 oder aber 41 Richterstellen zeigen, dass über die zukünftige Belastung offenbar nur unsichere Annahmen getroffen werden können. Sollten sich die Annahmen als falsch erweisen, droht eine Überlastung des obersten Gerichts, die unweigerlich zu einem Ansteigen der Pendenzen und zur Verlängerung der Prozessdauer, wenn nicht zu einer Verschlechterung der Qualität der Urteile führt. Der zeitgerechte Erlass qualitativ hochstehender Urteile liegt aber im Interesse der Rechtsuchenden und des ganzen Landes. Damit das Bundesgericht seine verfassungsmässige Aufgabe wahrnehmen kann, müssen ihm genügend personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Eine Reduktion hat Auswirkungen auf die Art, wie Recht gesprochen wird, und lässt sich nur in Kenntnis der tatsächlichen Belastung des Gerichts verantworten. Diese Voraussetzung ist nicht gegeben, solange das Bundesgericht keine Erfahrungen mit dem neuen Bundesgerichtsgesetz gesammelt hat.

Die Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter erwartet, dass sich der Nationalrat einer auf unsicheren Annahmen beruhenden Reduktion der Richterzahl auf Vorrat nicht anschliessen wird. Eine funktionierende Justiz ist für unser Land ein unverzichtbares Gut und verdient den Respekt des Parlaments.